

***New Left Review*: Göran Therborn über die „globale Linke im neoliberalen Zeitalter“**

Während die neoliberale Globalisierung der alten Linken den Todesstoß versetzte, brachte sie gleichzeitig die Linke des 21. Jahrhunderts hervor. Göran Therborn begründet diese These in seinem Aufsatz für die *New Left Review* und stellt in einer Art Rundumschlag den Auf- und Abstieg der globalen Linken dar.¹ Er beschreibt die Zeit des alten Industriekapitalismus und Kolonialismus als widersprüchliches Jahrhundert. Der Kapitalismus verbreitete sich nicht nur über den Erdball, er schuf sich auch seine Gegner in Gestalt der Industriearbeiterklasse und der nationalen Befreiungsbewegungen. Die große Industrie brachte ungeheure Menschenmassen auf kleinstem Raum zusammen und unterwarf sie einer relativ gleichförmigen Lebensweise. Unterdes erforderte der Kolonialismus die Ausbildung nationaler Eliten in den besetzten Ländern und Gebieten. Mit der Übernahme nationalistischer Ideen forderten die neu entstandenen Eliten der Kolonien die Kolonialmächte heraus. So wie die Arbeiterklasse den Kapitalismus in vielen Ländern zähmte, brachten die Befreiungsbewegungen den alten Kolonialismus zu Fall.

Mit der Herausbildung der neoliberalen Globalisierung änderte sich nach Ansicht Therborns nicht nur der Kapitalismus grundlegend. Der neue finanzmarkt-dominierte Kapitalismus dezimierte die Industrie und reorganisierte die Abhängigkeitsbeziehungen mit dem Globalen Süden. Er zerstörte gleichzeitig die Existenzbedingungen der alten Linken und der Befreiungsbewegungen. Der neue Kapitalismus schuf, anders als der alte Industriekapitalismus, kein geeintes Subjekt des Widerstands, sondern brachte eine zersplitterte Arbeiterklasse mit unterschiedlichen Arbeits- und Lebenswesen hervor.

Die neuen Widersacher des Kapitalismus waren nach Therborn deswegen eher breite antineoliberale Koalitionen und Globalisierungskritiker:innen wie die Sozialforumsbewegung und die Linke Südamerikas hervor. Kristallisationspunkte des Widerstands im Neoliberalismus waren u.a. die Städte, die im finanzmarkt-dominierten Kapitalismus als Anlagesphären neu entdeckt wurden. Mit einigem Zahlenmaterial zeigt Therborn darüber hinaus, wie die Ungleichheit global massiv zunahm. Anders als im Industriekapitalismus organisiert sich die neue Linke bewegungsförmig und eher antielitär, so Therborn in Anlehnung an Chantal Mouffe. Die Grenzen zwischen Organisation und Bewegung verschwimmen in neuen Parteien wie La France Insoumise und Podemos. Therborn fasst die unterschiedlichen linken Parteien als neue Formen der Sozialdemokratie auf, die aber weniger radikal sind als die Sozialdemokratie der 1970er Jahre. Therborn ist nicht begeistert von diesen Parteien, er sieht in ihnen aber mehr Erneuerungspotential als in der „sterilen“ 68er-Bewegung. Daneben, so der Autor weiter, brachte die fortschreitende Umweltzerstörung die am schnellsten wachsende soziale Bewegung des

¹ *New Left Review*, Nr. 137, <https://newleftreview.org/issues/ii137/articles/goran-therborn-the-world-and-the-left>.

21. Jahrhunderts hervor. Die grünen Parteien als deren politischer Arm sind allerdings ganz überwiegend nicht gegen den Kapitalismus gerichtet.

Auch die alte Linke Asiens existiert weiterhin, wird aber Therborn zufolge zunehmend schwächer. Eine neue Linke steht in Asien nirgends in den Startlöchern. Stattdessen erstarkte in vielen Ländern eine religiös-nationalistische Rechte, wie zum Beispiel unter Modis Hindutva in Indien oder Abes Retro-Nationalismus in Japan. Geopolitisch ordnen sich mit dem Abstieg der USA und Russlands sowie mit dem Wiederaufstieg Asiens die Verhältnisse neu. Das alte neoliberale Freihandelsregime wird von den USA und Europa selbst infrage gestellt. Nicht nur handelspolitisch kehrt der Nationalstaat zurück; die Vielzahl an Krisen stärkt den Staat als einzigen handlungsfähigen Akteur.

Zwar schildert Therborn all diese Entwicklungen treffend, wagt aber kaum, daraus Schlüsse für die Linke zu ziehen. Sein historisch-analytischer Ansatz erklärt die Entwicklung der globalen Linken allerdings weit produktiver als viele der derzeitigen destruktiven Debatten der Linken um Identität, Kultur und Milieus.

Janis Ehling

PROKLA: Die Krise der Linkspartei

Auch wenn im Editorial betont wird, dass sich die Ausgabe nicht allein der Krise der Partei DIE LINKE widmen, sondern sie in einen weiteren Kontext einer krisenhaften gesellschaftlichen Linken stellen wolle, geht es letztlich doch vor allem um die Partei.¹ Dabei sind sehr düstere Töne zu vernehmen. Die Redaktion schreibt, dass bei der Veröffentlichung des Call for Papers zeitweise unklar gewesen sei, „ob die Partei DIE LINKE bei Erscheinen des Heftes noch existieren würde.“ Alex Demirović spricht von einem „Point of no return“, Horst Kahrs davon, „dass die LINKE ihren Lebenszyklus vollendet“ habe. Interessanterweise hatte die Redaktion Schwierigkeiten, ausreichend Beiträge zum Thema zu bekommen. Ob es daran liegt, dass man bei einer klaren Positionierung das Minenfeld der parteiinternen Auseinandersetzung betritt und persönliche Anfeindungen oder sogar materielle Nachteile drohen?

Raul Zelik überprüft die Ansätze der Parteienkritik von Robert Michels und Bodo Zeuner aus seiner Innenperspektive als Parteivorstandsmitglied in den Jahren von 2016 bis 2022. Zelik war 2012 mit großen Hoffnungen auf die neuen Vorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger in DIE LINKE eingetreten, stellt nun aber fest, dass sich deren Vorstellungen nicht durchsetzen konnten. Ursachen für die Krise der Partei sieht Zelik vor allem in Charakteristika des deutschen Parteiensystems, etwa die materiell und medial starke Bundestagsfraktion und die Aufstellung der Abgeordneten durch Landeslisten. Die Abgeordneten und ihre Büros arbeiteten als Ich AGs, die zahlreichen Mitarbeiter*innen würden den Mittelbau der Partei bestimmen. Hinzu komme die Tendenz zu reibungslosem (d.h.

¹ Prokla, H. 209, 2022.

konfliktscheuem) Mitregieren und einer mangelnde Selbstermächtigung der Parteibasis. Der bewegungsorientierte Zelik kritisiert aber auch sein eigenes Milieu „Die Vorstellung, soziale Bewegungen stünden links von der Partei ist in dieser Schlichtheit falsch.“ Als Fazit seines neu gewonnenen Innenblicks schreibt Zelik, dass es zwar eine Tendenz zur Oligarchisierung gebe, aber kein ehernes Prinzip. Dieser Tendenz könnten Mandatsbeschränkung und die Überführung der Abgeordnetenbüros in demokratisch gewählte Kollektive entgegenwirken.

Im Gegensatz zu Raul Zelik versucht Horst Kahrs, die Krise der LINKEN vor allem aus einer Außensicht zu erklären, nämlich der ihrer Wählerinnen und Wähler. Kahrs beginnt mit der deprimierenden Feststellung, dass sich DIE LINKE in Richtung einer Kleinstpartei bewege. Unter Zuhilfenahme der Wahldaten von 2005 bis 2021 erklärt er, dass die Zeit der neoliberalen Sammlungsbewegung an der Wahlurne für DIE LINKE vorbei sei, ebenso die Wahlmotivation als Korrektiv von SPD und Grünen. DIE LINKE habe es nicht verstanden, ein eigenes Profil zu entwickeln. Seit dem Göttinger Parteitag 2012 habe es nur eine machtpolitische Verwaltung der innerparteilichen Konfliktlagen gegeben. Auch sei es der LINKEN nicht gelungen, die unteren Teile der Arbeiterklasse an sich zu binden, außer bei den Wahlen 2005 und 2009. Vorherrschendes Wahlverhalten sei hier die Wahlabstinenz. Vor allem manuell Arbeitende und solche mit geringer formaler Bildung könnten mit der LINKEN nichts anfangen, es reiche nicht richtige Forderungen für sie auf Wahlplakate zu schreiben. Zudem verliere DIE LINKE bei den älteren, geburtenstarken Jahrgängen, die aber die Mehrheit des Elektorats stellen. Kahrs betont eine mögliche Regierungsbeteiligung als wichtige Grundlage für eine positive Wahlentscheidung, ein Umstand, der zum Teil der Niederlage von 2021 erkläre. Er plädiert dafür, dass die LINKE ein eigenständiges Profil, „einen neuen Glutkern“ entwickeln müsse. Damit könne sie eine elektorale Brücken bauen zu sozialen und beruflichen Gruppen, die sozialökologische Transformationsprozesse vorantreiben wollen.

Alex Demirović plädiert für die sogenannte verbindende Klassenpolitik und findet es „merkwürdig“, dass der „Wagenknecht-Flügel“ der Auffassung sei, dass relevante Teile der Partei die Klassenfrage vernachlässigten. Die Ursache für die Krise der LINKEN ist für ihn nicht der Gegensatz von Linksliberalismus und „Fundamentalopposition“ á la Wagenknecht, wie Christian Baron ihn beschreibe, sie bestehe vielmehr darin, dass sich zwei Gruppen von Berufspolitikern der Partei bekämpften. Demirović fehlt es insgesamt an einer strategischen antikapitalistischen Ausrichtung der LINKEN. In einem geschichtlichen Rückblick betont er, dass sowohl Krisen als auch unterschiedliche Positionen und Erfahrungen immer zur PDS und der LINKEN gehörten, in der aktuellen Machtkonstellation aber Sahra Wagenknecht zur zentralen Figur des Konflikts geworden sei. Die Auseinandersetzung um ihr Buch „Die Selbstgerechten“ sei neben dem Abstimmungsverhalten zum Truppenabzug aus Afghanistan der Hauptgrund für die Wahlniederlage 2021 gewesen. Die jetzige Bundestagsfraktion sei für linke Politik nutzlos, deshalb unterstützt er die Abspaltung eines Teils der Fraktion, die zwar riskant, aber unvermeidlich sei. Eine neue Bundestagsgruppe mit gemeinsamen Grundüberzeugungen könne den politischen Schaden begrenzen.

Nach meiner Auffassung enthalten alle Beiträge zur Krise der LINKEN richtige Feststellungen und Fragen, es gäbe aber auch einiges zu kritisieren: Dazu gehört z.B. Raul Zelik's Ausklammerung der Rosa-Luxemburg-Stiftung aus seiner Analyse, die nicht hinreichende Erklärung der dramatischen Verluste bei Gewerkschaftsmitgliedern bei Horst Kahrs sowie der Vergleich heutiger urbaner Milieus mit den proletarischen Großstädten des frühen 20. Jahrhunderts. Insgesamt hat das Prokla-Heft aber eine schwere Schlagseite; Erklärungen für die Krise der LINKEN, die nicht aus bewegungslinker oder einer speziellen regierungslinken Sicht geschrieben sind, findet man dort nicht.

Heinz Hillebrand

Peripherie: Sozialistischer Postkolonialismus

Unter dem Titel „DDR postkolonial“ beschäftigt sich das Doppelheft¹ der entwicklungspolitischen Zeitschrift mit der Tatsache, dass „beide Teile Deutschlands postkoloniale und postfaschistische Gesellschaften waren und daher – wenn auch auf unterschiedliche Weise – in ein System der Kolonialität und sie bedingende Modernität verstrickt“ waren. (Editorial). Während in diesem Kontext nicht selten grob vereinfachend behauptet wird, dass der in den ‚neuen Bundesländern‘ verbreitete Rassismus und Migrationsfeindlichkeit ein Erbe des DDR-Sozialismus sei, geht die *Peripherie* differenzierter vor, wobei sie ökonomische, soziale und kulturelle Elemente einbezieht. Dies ist ein großes Verdienst des Heftes. Das Editorial hebt hervor, dass die in der Bevölkerung der DDR verbreiteten rassistischen Stereotype nur eine Seite des postkolonialen Charakters der DDR-Gesellschaft gewesen seien. „Diese Ambivalenzen, aber auch das transformatorische Potenzial der postkolonialen DDR sind bisher noch wenig beleuchtet worden.“ Wer die zehn sehr unterschiedlichen Hauptbeiträge des Heftes liest, wird allerdings nur wenige Hinweise auf das – durchaus vorhandene – „transformatorische Potenzial“ finden. Zwar ist kaum zu zählen, wie oft das Wort „ambivalent“ in den Beiträgen auftaucht – es dürfte das meistgebrauchte sein –, es wird aber nur selten erklärt, worin denn diese Ambivalenz genau besteht. An vielen Stellen schimmert doch die platte Lesart vom „staatlichen Antimperialismus und Antifaschismus“ einerseits und der „Persistenz kolonialer und rassistischer Strukturen“ in der Bevölkerung andererseits durch. Immerhin wird in einigen Beiträgen angedeutet, dass die Sache nicht ganz so einfach ist. So zeigen Interviews mit mosambikanischen Vertrags*arbeiterinnen, dass diese unterschiedliche bzw. widersprüchliche Erfahrungen gemacht haben. Wenn die Redaktion die Veröffentlichungen von Birgit Weyhe² und die von ihr geführten Gespräche mit Betroffenen zur Kenntnis genommen hätte, wäre die Widersprüchlichkeit der Erfahrungen noch deutlicher geworden. Im Text „Black East & Osis of Color“ wird deutlich, dass das an vie-

¹ *Peripherie*, Politik-Ökonomie-Kultur, Nr. 165/166, 1/2022, 248 Seiten, 29,90 Euro.

² Madgermanes, Graphic Novel, 2016.

len Stellen des Heftes behauptete Selbstverständnis der DDR als „homogen und weiß“ (58) offensichtlich nicht ganz unbestritten ist: Ein ehemaliger angolanischer Student wird zitiert, der Ost-Berlin als international und vielfältig erfahren hat (56). Auch die verbreitete Behauptung, sowohl die ausländischen „Vertragsarbeiter*innen“ als auch die Studierenden aus der Dritten Welt seien durchgängig kaserniert und von der ‚Normalbevölkerung‘ abgeschottet gewesen, entspricht nur teilweise der Wirklichkeit, wie von Betroffenen berichtet wird.

Widersprüchlich wird es dort, wo den Solidaritätsaktionen der DDR implizit oder explizit als ins ‚positive‘ gewendete weiße Überlegenheitsphantasien unterstellt werden, obwohl zu konstatieren sei, dass die DDR „einen bedeutenden anti-imperialistischen Gegenpol innerhalb der damaligen globalen Ordnung“ darstellte (138). Drückt ein Foto, auf dem (schwarze) Studentinnen von einer (weißen) Lehrschwester in der Handhabung einer Injektionsspritze unterrichtet werden (65), wirklich die Reproduktion von Rassekategorien „im Kontext internationaler Solidarität“ (58) aus – oder vielmehr die Unfähigkeit der Autorin des Beitrags, sich selbst von diesen Kategorien zu befreien? Symptomatisch für die Schwierigkeiten weißer Autor*innen, das Thema ‚schwarz/weiß‘ vorurteilsfrei anzugehen ist der an sich differenzierte Beitrag über das Denkmal ‚Freies Afrika‘ in Halle. Aus der Tatsache, dass die Figuren der Plastik, die den antikolonialen Weg Ghanas würdigt, traditionelle afrikanische Kleidung tragen, zu schlussfolgern, dass es sich hier um eine „re-traditionalisierende“ und somit rassistische Stereotypisierung des afrikanischen Kontinents handele (146), scheint doch einigermaßen an den Haaren herbeigezogen. Ich kann den Autoren des Beitrags aus eigener Anschauung versichern, dass viele Befreiungsdenkmale in afrikanischen Städten, auf denen Afrikaner symbolisch die Ketten kolonialer Unterdrückung zerreißen, Personen in traditioneller afrikanischer Kleidung darstellen.

Ein Defizit der Gesamtdarstellung wird im Beitrag über chilenische Exilliteratur deutlich: Hier wird darauf verwiesen, dass der Militärputsch gegen Allende auch und gerade in der DDR eine gewaltige Solidaritätsbewegung ausgelöst hatte. Auch wenn dabei „die SED ... klare innenpolitische Ziele“ verfolgte (180), so ändert dies nichts an der Tatsache, dass diese von großen Teilen der Bevölkerung getragen wurde. Dies gilt auch für andere Aspekte der internationalen Solidarität: Diese war keineswegs nur ‚von oben‘ verordnet, sondern wurde von großen Teilen der Bevölkerung aktiv getragen. Eine Analyse solcher Bewegungen fehlt im Heft – die in fast jedem Beitrag beschworene „Ambivalenz“ („Doppelwertigkeit“) des DDR-Postkolonialismus wird nicht wirklich eingelöst. Letzten Endes dominiert auch in der Peripherie der Mainstream-Diskurs vom ‚verordneten‘ Antikolonialismus und tatsächlichem Rassismus der DDR-Gesellschaft. Diese war aber alles andere als monolithisch.

Trotzdem liest man das Heft mit Gewinn. Wenn die Autorinnen des Beitrags „Liebe in Zeiten der Vertragsarbeit“ schreiben: „Somit gelang es der SED zwar, rassifizierte Hierarchisierungen zu tabuisieren, nicht aber rassifizierte Kategorien gänzlich zu überwinden“ (37), so kann ihnen kaum widersprochen werden. Diese Überwindung gelang und gelingt aber auch im westlichen Teil Deutschlands

nicht, vielleicht aus anderen Gründen. Was genau aber waren und (möglicherweise) sind die Unterschiede? Dies schlüssig darzustellen gelingt dem Heft nicht. Vielleicht ist dieser im Editorial gestellte Anspruch aber auch zu hoch.

Jörg Goldberg

Sozial.Geschichte Online: Kapitalismus, Krieg, Widerstand. Zum 80. Geburtstag von Karl-Heinz Roth

Das Periodikum *Sozial.Geschichte Online* ist 2009 aus der vormalig gedruckten historischen Zeitschrift *Sozial.Geschichte* hervorgegangen. Seine Beiträge widmen sich dem 20. und 21. Jahrhundert mit den Schwerpunkten Arbeitsgeschichte und Nationalsozialismus. Aus Anlass des 80. Geburtstags von Karl-Heinz Roth hat die Redaktion ein knapp 400 Seiten starkes Sonderheft herausgegeben.¹

Etwa die Hälfte des Umfangs machen Originalbeiträge aus: Marcel van der Linden unternimmt eine sozialhistorische Einordnung des Anarchismus, Christiane Rothmaler schreibt über Wehrmachtshelferinnen vor der Militärjustiz, Hartmut Rübner über das Verhältnis von Proletariat und Neuer Linker in den Jahren nach 1968 und Sergio Bologna macht sich „Gedanken zum Thema: Geschichte als Beruf“. Rüdiger Hachtmann steuert einen Aufsatz zu den Begriffen „Nazismus“ und „Nationalsozialismus“ bei, der ursprünglich als Stichwort für das im Argument-Verlag erscheinende *Historisch-kritische Wörterbuch des Marxismus* konzipiert war. Warum das Manuskript dort abgelehnt wurde, lässt sich aus dem le senswerten Text selbst nicht erschließen.

Die andere Hälfte des Sonderheftes besteht aus Nachdrucken aus der Feder des Jubilars. Im Editorial schreibt die Redaktion, gemeinsam mit Angelika Ebbinghaus habe Karl-Heinz „Karlo“ Roth für die Zeitschrift eine sehr prägende Rolle gespielt. Die Auswahl der Texte orientiere sich an den Themen Kapitalismus, Krieg und Widerstand, dies nicht zuletzt auch angesichts des Krieges Russlands gegen die Ukraine.

Der von Roth verfasste Eröffnungsbeitrag „Their Wonderful War – Jenseits der Schmerzgrenze intellektueller Arroganz“ von 1991 ist besonders interessant, weil er nach über 30 Jahren noch hochaktuell ist. Darin geht es unter anderem um die propagandistischen Schlagworte, mit denen der Angriff der von den USA geführten Koalition auf den Irak gerechtfertigt wird. Der Irak hatte zuvor die von den Vereinigten Staaten gestützte Diktatur Kuwait überfallen, um die Streichung der Schulden zu erzwingen, die das Land im Zusammenhang mit dem Krieg gegen den Iran gemacht hatte.

Roth schildert die Situation in Deutschland folgendermaßen: Mit den Kriegshandlungen am Golf habe zugleich eine Kampagne gegen die Friedensbewe-

¹ Sozial.Geschichte Online, Sonderheft, Nr. 33 (2022), abrufbar unter <https://sozialgeschichte-online.org/>.

gung begonnen, die unter anderem von liberalen und ehemals linken Intellektuellen getragen worden sei. Kriegsgegnerinnen und -gegnern wurde unterstellt, ihr Pazifismus sei „Appeasement“. Sie wollten dem irakischen Diktator Saddam Hussein, einem „Wiedergänger Hitlers“ den Weg in ein „München“ ebnen, statt „sich an der Rettung der westlichen Zivilgesellschaft zu beteiligen“ (S. 20). Ohne Zweifel sei der Einmarsch Iraks in Kuwait völkerrechtswidrig, so Roth, doch diejenigen, die dies nun lautstark beklagten, hätten kein Recht zu dieser Kritik, weil ihre Politik beide Konfliktparteien gestützt habe. Um den Druck in Richtung deutscher Waffenlieferungen zu erhöhen, würden nun „gute“ von „schlechten“ Waffen unterschieden. Die Kriegsbegeisterten bedienen sich mit ihrer demagogischen Rhetorik und ihren falschen historischen Analogieschlüssen „uningeschränkt des Arsenal der Gegenaufklärung“ (S. 21).

Roth konnte 1991 noch nicht wissen, dass sich dieser Vorgang nur wenige Jahre später wiederholen und weiter zuspitzen würde, als ideologische Begleitmusik des deutschen Angriffs auf Jugoslawien, nur dass der „Wiedergänger Hitlers“ diesmal Slobodan Milošević hieß – und heute wird diese Rolle Wladimir Putin zugeschrieben. Es ist aus heutiger Sicht bemerkenswert, dass hier immer wieder die gleichen Schlagworte und Verkürzungen eingesetzt werden und dass diese heute stärker als damals zu verfangen scheinen. In den 1990er Jahren waren die USA die weltbeherrschende Militärmacht, die sich mit ihren Verbündeten zugunsten eigener Interessen in Regionalkonflikte einmischte. Heute dagegen sieht man eine neue Blockbildung und die Gefahr eines internationalen Großkonflikts am Horizont, der in einen Weltkrieg münden kann.

Michael Zander